

Russische Entwürfe für Dokumente über rechtliche Sicherheitsgarantien der Vereinigten Staaten und der NATO

amarynth

21-26 Minuten

Dieses Dokument besteht aus sechs Abschnitten.

Der erste ist eine Präambel. Sie stammt von Colonel Cassad und ist eine maschinelle Übersetzung. Es handelt sich um einen notwendigen Überblick und eine Beschreibung der aktuellen Situation.

Der zweite Abschnitt ist ein spezielles Videobriefing des stellvertretenden russischen Außenministers Ryabkov in Moskau und enthält einige prägnante Fragen und Antworten.

Die dritte ist eine kurze Pressemitteilung

Der vierte ist ein vorgeschlagener Vertragsentwurf zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika über Sicherheitsgarantien

Der fünfte ist eine zusammenhängende Ergänzung des Vertragsentwurfs und ein Abkommen über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation und der Mitgliedstaaten der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO).

Die sechste ist die erste Antwort von Jen Psaki, wie von RT berichtet

Wir erwarten in den nächsten Tagen die Analyse des Saker.

Präambel

Das russische Außenministerium hat einen Entwurf für ein Abkommen zwischen Russland und der NATO vorgelegt, in dem die von Russland gewünschten Sicherheitsgarantien schriftlich festgehalten sind, was bei der Auflösung des Sowjetblocks durch Gorbatschow nicht der Fall war. Im folgenden Text wird also die russische Sicht des gegenwärtigen Zustands der Beziehungen zwischen Russland und der NATO und der Vektor ihrer gewünschten Korrektur in einer für Russland vorteilhaften Weise dargestellt.

Bilaterale Beziehungen zwischen Russland und anderen Ländern und regionalen Organisationen

Die Beziehungen zwischen Russland und der NATO befinden sich in einer langwierigen Krise. Die Beschlüsse des NATO-Gipfels 2018 in Brüssel bestätigten die Linie der militärisch-politischen "Eindämmung" Russlands. Der langfristige Kurs des Ausbaus der Bündnisfähigkeiten der NATO zur Schaffung von Truppenverbänden und zur weiteren Verbesserung der militärischen Infrastruktur in Grenznähe wurde fortgesetzt.

Die militärische Präsenz und der forcierte Ausbau der militärischen Infrastruktur in Osteuropa und den baltischen Staaten nehmen stetig zu. Anzahl und Intensität der Militärübungen des Bündnisses und seiner Mitgliedsstaaten haben erheblich zugenommen, wofür zusätzliche Truppenkontingente und schweres militärisches Gerät der NATO-Staaten in die an Russland angrenzenden Regionen verlegt werden.

Schweden, Finnland und andere Partnerstaaten beteiligen sich immer aktiver an den militärischen Aktivitäten des Bündnisses. Es werden fortschrittliche Kommando- und Stabseinheiten gebildet, und es wurde beschlossen, neue gemeinsame Kommandos der Koalitionsstreitkräfte zu schaffen - in Norfolk (USA) zur Gewährleistung der Sicherheit der Transportkorridore im Nordatlantik und in der Arktis, in Ulm (Deutschland) zur Verwaltung, Planung und Logistik für die Organisation des Militärtransports in Europa. Das Pentagon hat Pläne für die Lagerung von Militärausrüstung in den MOE- und baltischen Staaten bekannt gegeben. Die Schiffgruppen, die in den Gewässern der Ostsee patrouillieren, wurden verstärkt. Die Zahl der Besuche und die Dauer des Aufenthalts von Marineschiffen von Nicht-Schwarzmeer-Allianzstaaten, vor allem der USA, im Schwarzen Meer hat zugenommen. Die NATO-Marine patrouilliert den Luftraum der Ostsee weiterhin mit erhöhter Stärke, und es werden "Abfang"-Einsätze durchgeführt, auch wenn es keine Verstöße von russischer Seite gab. Der Raketenabwehrkomplex in Rumänien ist in Betrieb. Eine ähnliche Anlage soll im Jahr 2020 in Polen in Betrieb genommen werden. Besonders besorgniserregend sind die Pläne für eine dauerhafte Stationierung von US-Truppen dort und die jüngsten Vereinbarungen zur Aufstockung des amerikanischen Kontingents, die die NATO-Russland-Grundakte von 1997 gefährden, eines der wenigen verbliebenen Dokumente, die für militärische Stabilität in Europa sorgen sollen.

Allmählich, aber systematisch, werden die wirksame europäische Sicherheitsarchitektur und die Normen des Völkerrechts zerstört. Die Aufgabe wichtiger Vereinbarungen, die eine militärische Zurückhaltung gewährleisten, mit der stillschweigenden Zustimmung der meisten Mitglieder des Bündnisses - die Situation rund um den New-START-Vertrag ist hier ein anschauliches Beispiel - birgt die Gefahr eines neuen Wettrüstens, eines Rückfalls in die Prinzipien der Konfrontationsära.

Natürlich können solche militärischen Vorbereitungen der NATO nicht ohne unsere angemessene Antwort bleiben.

Die fortgesetzte Einbindung der Balkanländer in die NATO und der Wunsch, sie um jeden Preis in den Block zu "treiben", bestätigt die Unveränderlichkeit des eingeschlagenen Kurses zur rücksichtslosen Erweiterung des geopolitischen Raums. Die Missachtung von Rechtsnormen und der Meinung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung bei der Klärung der Frage des Staatsnamens von Nordmazedonien, die Erzwingung des NATO-Beitritts von Bosnien und Herzegowina und die Schaffung einer "Kosovo-Armee" mit

Duldung der "Force for Kosovo" verschärfen nur die bereits bestehenden Widersprüche und destabilisieren die Lage in der Region ernsthaft.

Auch die einseitige Entscheidung der NATO, die praktische Zusammenarbeit mit Russland auf militärischem und zivilem Gebiet auszusetzen, bleibt in Kraft. Gleichzeitig zeigen die NATO-Staaten keine Bereitschaft, die russischen Vorschläge zur Deeskalation der Spannungen und zur Verhinderung militärischer Zwischenfälle zu erörtern, die ihnen auf dem Treffen des NATO-Russland-Rates am 31. Mai 2018 vorgelegt wurden. Diese Vorschläge beinhalten die Wiederaufnahme des Dialogs auf der militärischen Linie (beginnend mit Expertenkonsultationen), um Fragen von gegenseitigem Interesse und Sorge für Russland und unsere Partner zu erörtern; Maßnahmen zur Reduzierung der militärischen Aktivitäten entlang der Linie des direkten Kontakts zwischen Russland und der NATO (Baltikum), Die NATO hat bisher nicht reagiert.

All diese Maßnahmen haben langfristig destabilisierende Folgen für die regionale und die gesamte euro-atlantische Sicherheit.

Trotz der unfreundlichen Schritte, die gegen uns unternommen wurden, hat Russland nicht die Absicht, sich in die sinnlose Konfrontation, die uns aufgezwungen wurde, hineinziehen zu lassen.

Wir glauben weiterhin fest an die strategische Gemeinsamkeit der Ziele mit allen Staaten und Organisationen der euro-atlantischen Region zur Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität und zur Bekämpfung gemeinsamer Sicherheitsbedrohungen - internationaler Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Drogenhandel und Piraterie. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass es keine wirkliche Alternative zu einer für beide Seiten vorteilhaften und breit angelegten gesamteuropäischen Sicherheitszusammenarbeit auf der soliden Grundlage des Völkerrechts gibt.

Die Position Russlands bleibt unverändert - unser Land ist bereit, die Beziehungen zur NATO auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu entwickeln, um die umfassende Sicherheit in der euro-atlantischen Region zu stärken. Die Tiefe und der Inhalt dieser Beziehungen werden von der gegenseitigen Bereitschaft der Allianz abhängen, die legitimen Interessen Russlands zu berücksichtigen.

Das Video wird so weitergeleitet, dass es am Startpunkt um 21:47 Uhr zu spielen beginnt.

17. Dezember 2021 13:36

Pressemitteilung zu den russischen Dokumentenentwürfen über rechtliche Sicherheitsgarantien der Vereinigten Staaten und der NATO

Während des Treffens am 15. Dezember 2021 im russischen Außenministerium erhielt die US-Seite einen Vertragsentwurf zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika über Sicherheitsgarantien und ein Abkommen über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation und der Mitgliedsstaaten der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO).

Die US-Seite erhielt ausführliche Erläuterungen zur Logik des russischen Ansatzes und zu den einschlägigen Argumenten. Wir hoffen, dass die Vereinigten Staaten in naher Zukunft ernsthafte Gespräche mit Russland über diese Angelegenheit aufnehmen werden, die für die Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität von entscheidender Bedeutung ist, wobei der russische Vertragsentwurf und das Abkommen als Ausgangspunkt dienen werden.

17. Dezember 2021 13:30

ABKOMMEN ZWISCHEN DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA UND DER RUSSISCHEN FÖDERATION ÜBER SICHERHEITSGARANTIEN

Inoffizielle Übersetzung

Entwurf

Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Russische Föderation, im Folgenden als "Parteien" bezeichnet,

geleitet von den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, der Erklärung von 1970 über die Grundsätze des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Helsinki von 1975 sowie den Bestimmungen der Erklärung von Manila von 1982 über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, der Europäischen Sicherheitscharta von 1999 und der Gründungsakte von 1997 über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation,

unter Hinweis auf die Unzulässigkeit der Androhung oder Anwendung von Gewalt in einer Weise, die mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowohl in ihren gegenseitigen als auch in ihren internationalen Beziehungen im Allgemeinen unvereinbar ist

in Unterstützung der Rolle des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit trägt

in der Erkenntnis, dass es gemeinsamer Anstrengungen bedarf, um auf die modernen Sicherheitsherausforderungen und -bedrohungen in einer globalisierten und interdependenten Welt wirksam zu reagieren

in Anbetracht der Notwendigkeit der strikten Einhaltung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, einschließlich des Verzichts auf die Unterstützung von Organisationen, Gruppen oder Einzelpersonen, die zu einem verfassungswidrigen Machtwechsel aufrufen, sowie auf die Durchführung von Maßnahmen, die auf eine Änderung des politischen oder gesellschaftlichen Systems einer der Vertragsparteien abzielen,

in Anbetracht der Notwendigkeit, zusätzliche wirksame und schnell einsetzbare Mechanismen der Zusammenarbeit zu schaffen oder die bestehenden zu verbessern, um aufkommende Fragen und Streitigkeiten durch einen konstruktiven Dialog auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und Anerkennung der Sicherheitsinteressen und -belange der anderen Vertragspartei beizulegen und angemessene Antworten auf sicherheitspolitische Herausforderungen und Bedrohungen auszuarbeiten,

in dem Bestreben, jede militärische Konfrontation und jeden bewaffneten Konflikt zwischen den Vertragsparteien zu vermeiden, und in dem Bewußtsein, daß ein direkter militärischer Zusammenstoß zwischen ihnen den Einsatz von Kernwaffen zur Folge haben könnte, was weitreichende Folgen haben würde

in Bekräftigung der Tatsache, daß ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf, und in der Erkenntnis, daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Gefahr des Ausbruchs eines solchen Krieges zwischen Staaten, die über Atomwaffen verfügen, zu verhindern

in Bekräftigung ihrer Verpflichtungen aus dem Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Maßnahmen zur Verringerung der Gefahr des Ausbruchs eines Atomkriegs vom 30. September 1971, dem Abkommen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Verhütung von Zwischenfällen auf und über der Hohen See vom 25. Mai 1972, das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Einrichtung von Zentren zur Verringerung nuklearer Risiken vom 15. September 1987 sowie das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Verhütung gefährlicher militärischer Aktivitäten vom 12. Juni 1989,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien arbeiten auf der Grundlage der Grundsätze der unteilbaren, gleichen und ungeschmälerten Sicherheit zusammen und werden zu diesem Zweck

unternehmen die Vertragsparteien keine Maßnahmen und beteiligen sich nicht an Aktivitäten, die die Sicherheit der anderen Vertragspartei beeinträchtigen, und unterstützen diese nicht;

führen keine von jeder Vertragspartei einzeln oder im Rahmen einer internationalen Organisation, eines Militärbündnisses oder einer Koalition beschlossenen Sicherheitsmaßnahmen durch, die die grundlegenden Sicherheitsinteressen der anderen Vertragspartei beeinträchtigen könnten.

Artikel 2

Die Vertragsparteien bemühen sich sicherzustellen, daß alle internationalen Organisationen, Militärbündnisse und Koalitionen, an denen mindestens eine der Vertragsparteien beteiligt ist, die in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Grundsätze einhalten.

Artikel 3

Die Vertragsparteien nutzen das Hoheitsgebiet anderer Staaten nicht zur Vorbereitung oder Durchführung eines bewaffneten Angriffs gegen die andere Vertragspartei oder anderer Maßnahmen, die die wesentlichen Sicherheitsinteressen der anderen Vertragspartei berühren.

Artikel 4

Die Vereinigten Staaten von Amerika verpflichten sich, eine weitere Osterweiterung der Nordatlantikvertrags-Organisation zu verhindern und den Staaten der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken den Beitritt zum Bündnis zu verweigern.

Die Vereinigten Staaten von Amerika werden im Hoheitsgebiet der Staaten der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die nicht Mitglied der Nordatlantikvertrags-Organisation sind, keine Militärstützpunkte errichten, ihre Infrastruktur nicht für militärische Aktivitäten nutzen und keine bilaterale militärische Zusammenarbeit mit ihnen entwickeln.

Artikel 5

Die Vertragsparteien unterlassen es, ihre Streitkräfte und Rüstungsgüter, auch im Rahmen internationaler Organisationen, Militärbündnisse oder -koalitionen, in Gebieten zu stationieren, in denen eine solche Stationierung von der

anderen Vertragspartei als Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit empfunden werden könnte, mit Ausnahme einer solchen Stationierung innerhalb der nationalen Hoheitsgebiete der Vertragsparteien.

Die Vertragsparteien unterlassen es, schwere Bomber mit nuklearer oder nichtnuklearer Bewaffnung zu fliegen oder Überwasserkriegsschiffe jeder Art, auch im Rahmen internationaler Organisationen, Militärbündnisse oder -koalitionen, in den Gebieten außerhalb des nationalen Luftraums bzw. der nationalen Hoheitsgewässer zu stationieren, von wo aus sie Ziele im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei angreifen können.

Die Vertragsparteien führen einen Dialog und arbeiten zusammen, um die Mechanismen zur Verhinderung gefährlicher militärischer Aktivitäten auf und über der Hohen See zu verbessern; dazu gehört auch eine Vereinbarung über die maximale Annäherungsentfernung zwischen Kriegsschiffen und Flugzeugen.

Artikel 6

Die Vertragsparteien verpflichten sich, keine bodengestützten Mittelstreckenraketen und Kurzstreckenraketen außerhalb ihrer nationalen Hoheitsgebiete sowie in den Gebieten ihrer nationalen Hoheitsgebiete zu stationieren, von denen aus diese Waffen Ziele im nationalen Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei angreifen können.

Artikel 7

Die Vertragsparteien verzichten auf die Stationierung von Kernwaffen außerhalb ihrer nationalen Hoheitsgebiete und bringen solche Waffen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags bereits außerhalb ihrer nationalen Hoheitsgebiete stationiert sind, in ihre nationalen Hoheitsgebiete zurück. Die Vertragsparteien beseitigen alle bestehenden Infrastrukturen für die Stationierung von Kernwaffen außerhalb ihrer nationalen Hoheitsgebiete.

Die Vertragsparteien bilden kein militärisches und ziviles Personal aus Nichtkernwaffenländern für den Einsatz von Kernwaffen aus. Die Vertragsparteien führen keine Übungen oder Ausbildungsmaßnahmen für allgemeine Streitkräfte durch, die Szenarien beinhalten, die den Einsatz von Kernwaffen einschließen.

Artikel 8

Der Vertrag tritt an dem Tag in Kraft, an dem die letzte schriftliche Notifikation über den Abschluß der für sein Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Verfahren durch die Vertragsparteien eingeht.

Geschehen in zwei Urschriften, jede in englischer und russischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen verbindlich sind.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika Für die Russische Föderation

17. Dezember 2021 13:26

ABKOMMEN ÜBER MASSNAHMEN ZUR GEWÄHRLEISTUNG DER SICHERHEIT DER RUSSISCHEN FÖDERATION UND DER MITGLIEDSTAATEN DER NORDATLANTISCHEN VERTRAGSORGANISATION

Nichtamtliche Übersetzung

Entwurf

Die Russische Föderation und die Mitgliedstaaten der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), im folgenden als Vertragsparteien bezeichnet,

in Bekräftigung ihres Bestrebens, die Beziehungen zu verbessern und das gegenseitige Verständnis zu vertiefen

in der Erkenntnis, dass eine wirksame Antwort auf die gegenwärtigen Herausforderungen und Bedrohungen der Sicherheit in unserer interdependenten Welt gemeinsame Anstrengungen aller Vertragsparteien erfordert

entschlossen, gefährliche militärische Aktivitäten zu verhindern und damit die Möglichkeit von Zwischenfällen zwischen ihren Streitkräften zu verringern,

mit der Feststellung, daß die Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei eine bessere multilaterale Zusammenarbeit, mehr politische und militärische Stabilität, Vorhersehbarkeit und Transparenz erfordern,

in Bekräftigung ihres Bekenntnisses zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Helsinki 1975, der Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Russischen Föderation und der Nordatlantikvertrags-Organisation von 1997, des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit von 1994, der Europäischen Sicherheitscharta von 1999 und der von den Staats- und Regierungschefs der Russischen Föderation und der NATO-Mitgliedstaaten im Jahr 2002 unterzeichneten Erklärung von Rom "Die Beziehungen zwischen Russland und der NATO: eine neue Qualität",

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien lassen sich in ihren Beziehungen von den Grundsätzen der Zusammenarbeit, der gleichen und unteilbaren Sicherheit leiten. Sie

werden ihre Sicherheit weder einzeln noch in internationalen Organisationen, Militärbündnissen oder Koalitionen auf Kosten der Sicherheit der anderen Vertragsparteien stärken.

Die Vertragsparteien legen alle internationalen Streitigkeiten in ihren gegenseitigen Beziehungen mit friedlichen Mitteln bei und unterlassen die Anwendung oder Androhung von Gewalt in einer Weise, die mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist.

Die Vertragsparteien schaffen keine Bedingungen oder Situationen, die eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der anderen Vertragsparteien darstellen oder als solche wahrgenommen werden könnten.

Die Vertragsparteien üben bei der militärischen Planung und Durchführung von Übungen Zurückhaltung, um die Risiken möglicher gefährlicher Situationen in Übereinstimmung mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen zu verringern, einschließlich derjenigen, die in zwischenstaatlichen Übereinkünften über die Verhütung von Zwischenfällen auf See außerhalb der Hoheitsgewässer und im darüber liegenden Luftraum sowie in zwischenstaatlichen Übereinkünften über die Verhütung gefährlicher militärischer Aktivitäten festgelegt sind.

Artikel 2

Zur Behandlung von Fragen und zur Lösung von Problemen nutzen die Vertragsparteien die Mechanismen dringender bilateraler oder multilateraler Konsultationen, einschließlich des NATO-Russland-Rates.

Die Vertragsparteien tauschen regelmäßig und auf freiwilliger Basis Einschätzungen der gegenwärtigen Bedrohungen und sicherheitspolitischen Herausforderungen aus, unterrichten einander über militärische Übungen und Manöver und die wichtigsten Bestimmungen ihrer Militärdoktrinen. Alle bestehenden Mechanismen und Instrumente für vertrauensbildende Maßnahmen werden genutzt, um die Transparenz und Berechenbarkeit militärischer Aktivitäten zu gewährleisten.

Zur Aufrechterhaltung von Notfallkontakten zwischen den Vertragsparteien werden Telefon-Hotlines eingerichtet.

Artikel 3

Die Vertragsparteien bekräftigen, dass sie einander nicht als Gegner betrachten.

Die Vertragsparteien setzen den Dialog und die Interaktion zur Verbesserung der Mechanismen zur Verhinderung von Zwischenfällen auf und über der Hohen See (vor allem im Baltikum und im Schwarzmeerraum) fort.

Artikel 4

Die Russische Föderation und alle Vertragsparteien, die am 27. Mai 1997 Mitgliedstaaten der Nordatlantikvertrags-Organisation waren, werden keine militärischen Kräfte und Waffen auf dem Hoheitsgebiet eines der anderen Staaten in Europa zusätzlich zu den am 27. Mai 1997 auf diesem Hoheitsgebiet stationierten Kräften stationieren. Mit Zustimmung aller Vertragsparteien können solche Dislozierungen in Ausnahmefällen stattfinden, um eine Bedrohung der Sicherheit einer oder mehrerer Vertragsparteien zu beseitigen.

Artikel 5

Die Vertragsparteien stationieren keine landgestützten Mittel- und Kurzstreckenraketen in Gebieten, die es ihnen ermöglichen, das Gebiet der anderen Vertragsparteien zu erreichen.

Artikel 6

Alle Mitgliedstaaten der Nordatlantikvertrags-Organisation verpflichten sich, von jeder weiteren Erweiterung der NATO, einschließlich des Beitritts der Ukraine sowie anderer Staaten, Abstand zu nehmen.

Artikel 7

Die Vertragsparteien, die Mitgliedstaaten der Nordatlantikvertrags-Organisation sind, werden keine militärischen Aktivitäten auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine sowie anderer Staaten in Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien durchführen.

Um Zwischenfälle auszuschließen, führen die Russische Föderation und die Vertragsparteien, die Mitgliedstaaten der Nordatlantikvertrags-Organisation sind, in einer Zone vereinbarter Breite und Konfiguration beiderseits der Grenzlinie der Russischen Föderation und der mit ihr in einem Militärbündnis stehenden Staaten sowie der Vertragsparteien, die Mitgliedstaaten der Nordatlantikvertrags-Organisation sind, keine militärischen Übungen oder sonstigen militärischen Aktivitäten oberhalb der Brigadeebene durch.

Artikel 8

Dieses Abkommen berührt weder die Hauptverantwortung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit noch die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien nach der Charta der Vereinten Nationen und ist nicht so auszulegen, als berühre es diese.
der Vertragsparteien im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen.

Artikel 9

Dieses Übereinkommen tritt mit dem Tag in Kraft, an dem mehr als die Hälfte der Unterzeichnerstaaten beim Verwahrer ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben, in denen sie ihre Zustimmung ausdrücken, durch das Übereinkommen gebunden zu sein. Für einen Staat, der seine Ratifikationsurkunde zu einem späteren Zeitpunkt hinterlegt hat, tritt dieses Abkommen mit dem Zeitpunkt der Hinterlegung in Kraft.

Jede Vertragspartei dieses Übereinkommens kann durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation von dem Übereinkommen zurücktreten. Dieses Abkommen tritt für die betreffende Vertragspartei [30] Tage nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer außer Kraft.

Dieses Abkommen ist in russischer, englischer und französischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, und wird im Archiv des Verwahrers, der Regierung von ..., hinterlegt.

Geschehen zu [der Stadt ...] am [XX] Tag des [XX] zweitausendund [XX].

Weißes Haus antwortet auf russische Sicherheitsvorschläge

Die USA werden bei der NATO-Erweiterung "keine Kompromisse eingehen", bekräftigte das Weiße Haus am Freitag, nachdem Russland Vorschläge unterbreitet hatte, wie Moskau und der Westen die anhaltenden Spannungen im Osten Europas deeskalieren könnten.

"Wir haben die russischen Vorschläge gesehen. Wir diskutieren sie mit unseren europäischen Verbündeten und Partnern", sagte die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, am Freitag vor Journalisten an Bord der Air Force One auf die Frage nach den russischen Dokumenten.

Sie fügte hinzu, dass die USA die Idee, die NATO-Erweiterung in Europa zu stoppen, nicht akzeptieren würden, auch wenn Russland dies wünsche.

"Wir werden die wichtigsten Grundsätze, auf denen die europäische Sicherheit beruht, nicht in Frage stellen. Dazu gehört auch, dass alle Länder das Recht haben, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden und ihre Politik frei von Einmischung von außen zu gestalten", sagte sie.

Moskau sieht die Erweiterung der NATO in Richtung seiner Grenze als eine kritische Bedrohung seiner nationalen Sicherheit an, die auf der konfrontativen Haltung des Blocks gegenüber Russland beruht.

Dem sowjetischen Führer Michail Gorbatschow wurde bei den Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands mündlich zugesagt, die Organisation

nicht nach Osten zu verlegen. Nach der Auflösung der UdSSR gerieten diese Zusicherungen in Vergessenheit. Im Jahr 2017 bestätigten freigegebene US-Dokumente Moskaus Version der Ereignisse.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte unterdessen, dass der potenzielle Dialog die Bedenken des Bündnisses und die Sichtweise der Ukraine einbeziehen sollte.

-Ende der maschin. Übersetzung mit DeepL=-

++++

thesaker.is

Russian draft documents on legal security guarantees from the United States and NATO

amarynth

21-26 Minuten

Source: <https://thesaker.is/russian-draft-documents-on-legal-security-guarantees-from-the-united-states-and-nato/>

This document is in six sections.

The first is a preamble. It is from Colonel Cassad and is a machine translation. This would form a necessary overview and is a description of the current situation.

The second is Russian Deputy FM Ryabkov's special video briefing in Moscow and contains some incisive Q&A

The third is a short press release

The fourth is a proposed draft treaty between the Russian Federation and the United States of America on security guarantees

The fifth is a cohesive complement to the draft treaty and is an agreement on measures to ensure the security of the Russian Federation and member states of the North Atlantic Treaty Organisation (NATO).

The sixth is Jen Psaki's initial response as reported by RT

We await the Saker's Analysis in the next few days.

Preamble

The Russian Foreign Ministry presented a draft Russia-NATO agreement, which in fact sets forth in writing the security guarantees desired by Russia, which in fact is what was not done when Gorbachev liquidated the Soviet bloc.

Thus, the following text presents Russia's vision of the current state of Russian-NATO relations and the vector of their desired correction in a way that would be beneficial for Russia.

Bilateral relations between Russia and foreign countries and regional organizations

Russian-NATO relations are in a protracted crisis. The decisions of the 2018 NATO summit in Brussels confirmed the line of military-political "containment" of Russia. The long-term course of building up NATO's coalition capabilities to create troop groupings and further improve military infrastructure near our borders has continued.

The military presence and the bloc's forced development of military infrastructure in Eastern Europe and the Baltic states is consistently increasing. The number and intensity of military exercises of the alliance and its member countries have increased significantly, for which additional contingents of troops and heavy military equipment of NATO countries are being transferred to the regions bordering Russia.

Sweden, Finland and other partner countries are more and more actively involved in the military activities of the alliance. Advanced command and staff units are being formed, the decision was made to create new joint commands of the coalition forces – in Norfolk (USA) to ensure safety of transport corridors in the North Atlantic and Arctic regions, in Ulm (Germany) on the management, planning and logistics for the organization of military transport in Europe. Pentagon plans for forward storage of military equipment in the CEE and Baltic states have been announced. Groups of ships patrolling the waters of the Baltic Sea were strengthened. The number of visits and duration of stay in the Black Sea of naval ships of non-Black Sea alliance countries, primarily of the USA, has increased. NATO Navy continues to patrol the air space of the Baltic Sea with increased strength, and "interception" sorties are carried out even when there have been no violations from the Russian side. The missile defense complex in Romania is deployed. A similar facility is planned to be commissioned in 2020 in Poland. Of particular concern are the plans for permanent deployment of U.S. troops there and the recent agreements to increase the American contingent, which jeopardize the 1997 NATO-Russia Founding Act, one of the few remaining documents meant to ensure military stability in Europe.

Gradually but systematically, the effective European security architecture and the norms of international law are being destroyed. The abandonment of key agreements that ensure military restraint, with the tacit agreement of most members of the alliance – the situation around the New START treaty is a vivid example here – is fraught with the development of a new arms race, a throwback to the principles of the confrontation era.

Of course, such NATO military preparations cannot remain without our adequate response.

The continuing dragging of the Balkan countries into NATO and the desire to "drive" them into the bloc at any cost confirms the invariability of the course taken to recklessly expand its geopolitical space. Disregard of legal norms and opinion of a considerable part of the population in closing the issue of state name of Northern Macedonia, forcing Bosnia and Herzegovina to join NATO, creating "Kosovo army" with connivance of the "Force for Kosovo" only aggravate already existing contradictions and seriously destabilize the situation in the region.

The unilateral decision of NATO to suspend practical cooperation with Russia on military and civilian lines also remains in force. At the same time, NATO countries do not show readiness to discuss Russian proposals on de-escalation of tensions and prevention of military incidents, handed to them at the May 31, 2018 Russia-NATO Council meeting. These proposals include resuming dialogue on the military line (starting with expert consultations) to discuss issues of mutual interest and concern to Russia and our partners; taking measures to reduce military activity along the line of direct contact between Russia and NATO (the Baltics, There has been no reaction from NATO so far.

All these actions are fraught with long-term destabilizing consequences for both regional and entire Euro-Atlantic security.

Despite the unfriendly steps taken against us, Russia has no intention of getting drawn into the senseless confrontation imposed on us.

We continue to firmly believe in the strategic commonality of aims with all the States and organizations of the Euro-Atlantic region to maintain peace and stability and to counter common threats to security – international terrorism, the proliferation of weapons of mass destruction, drug trafficking and piracy. We remain convinced that there is no real alternative to mutually beneficial and broad pan-European security co-operation on the solid basis of international law.

Russia's position remains unchanged – our country is ready to develop relations with NATO on the basis of equal rights in order to strengthen comprehensive security in the Euro-Atlantic region. The depth and content of such relations will depend on the alliance's reciprocal readiness to take Russia's legitimate interests into account.

The video is forwarded to start playing at the start point at 21:47

17 December 2021 13:36

Press release on Russian draft documents on legal security guarantees from the United States and NATO

During the December 15, 2021 meeting at the Russian Foreign Ministry, the US party received a draft treaty between the Russian Federation and the United States of America on security guarantees and an agreement on measures to ensure the security of the Russian Federation and member states of the North Atlantic Treaty Organisation (NATO).

The US party was given detailed explanations regarding the logic of the Russian approach, as well as the relevant arguments. We hope that, the United States will enter into serious talks with Russia in the near future regarding this matter, which has critical importance for maintaining peace and stability, using the Russian draft treaty and agreement as a starting point.

17 December 2021 13:30

TREATY BETWEEN THE UNITED STATES OF AMERICA AND THE RUSSIAN FEDERATION ON SECURITY GUARANTEES

Unofficial translation

Draft

The United States of America and the Russian Federation, hereinafter referred to as the "Parties",

guided by the principles contained in the Charter of the United Nations, the 1970 Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Cooperation among States in accordance with the Charter of the United Nations, the 1975 Helsinki Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe, as well as the provisions of the 1982 Manila Declaration on the Peaceful Settlement of Disputes, the 1999 Charter for European Security, and the 1997 Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between the North Atlantic Treaty Organization and the Russian Federation,

recalling the inadmissibility of the threat or use of force in any manner inconsistent with the purposes and principles of the Charter of the United Nations both in their mutual and international relations in general,

supporting the role of the United Nations Security Council that has the primary responsibility for maintaining international peace and security,

recognizing the need for united efforts to effectively respond to modern security challenges and threats in a globalized and interdependent world,

considering the need for strict compliance with the principle of non-interference in the internal affairs, including refraining from supporting organizations, groups or individuals calling for an unconstitutional change of power, as well as from undertaking any actions aimed at changing the political or social system of one of the Contracting Parties,

bearing in mind the need to create additional effective and quick-to-launch cooperation mechanisms or improve the existing ones to settle emerging issues and disputes through a constructive dialogue on the basis of mutual respect for and recognition of each other's security interests and concerns, as well as to elaborate adequate responses to security challenges and threats,

seeking to avoid any military confrontation and armed conflict between the Parties and realizing that direct military clash between them could result in the use of nuclear weapons that would have far-reaching consequences,

reaffirming that a nuclear war cannot be won and must never be fought, and recognizing the need to make every effort to prevent the risk of outbreak of such war among States that possess nuclear weapons,

reaffirming their commitments under the Agreement between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics on Measures to Reduce the Risk of Outbreak of Nuclear War of 30 September 1971, the Agreement between the Government of the United States of America and the Government of the Union of Soviet Socialist Republics on the Prevention of Incidents On and Over the High Seas of 25 May 1972, the Agreement between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics on the Establishment of Nuclear Risk Reduction Centers of 15 September 1987, as well as the Agreement between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics on the Prevention of Dangerous Military Activities of 12 June 1989,

have agreed as follows:

Article 1

The Parties shall cooperate on the basis of principles of indivisible, equal and undiminished security and to these ends:

shall not undertake actions nor participate in or support activities that affect the security of the other Party;

shall not implement security measures adopted by each Party individually or in the framework of an international organization, military alliance or coalition that could undermine core security interests of the other Party.

Article 2

The Parties shall seek to ensure that all international organizations, military alliances and coalitions in which at least one of the Parties is taking part adhere to the principles contained in the Charter of the United Nations.

Article 3

The Parties shall not use the territories of other States with a view to preparing or carrying out an armed attack against the other Party or other actions affecting core security interests of the other Party.

Article 4

The United States of America shall undertake to prevent further eastward expansion of the North Atlantic Treaty Organization and deny accession to the Alliance to the States of the former Union of Soviet Socialist Republics.

The United States of America shall not establish military bases in the territory of the States of the former Union of Soviet Socialist Republics that are not members of the North Atlantic Treaty Organization, use their infrastructure for any military activities or develop bilateral military cooperation with them.

Article 5

The Parties shall refrain from deploying their armed forces and armaments, including in the framework of international organizations, military alliances or coalitions, in the areas where such deployment could be perceived by the other Party as a threat to its national security, with the exception of such deployment within the national territories of the Parties.

The Parties shall refrain from flying heavy bombers equipped for nuclear or non-nuclear armaments or deploying surface warships of any type, including in the framework of international organizations, military alliances or coalitions, in the areas outside national airspace and national territorial waters respectively, from where they can attack targets in the territory of the other Party.

The Parties shall maintain dialogue and cooperate to improve mechanisms to prevent dangerous military activities on and over the high seas, including agreeing on the maximum approach distance between warships and aircraft.

Article 6

The Parties shall undertake not to deploy ground-launched intermediate-range and shorter-range missiles outside their national territories, as well as in the areas of their national territories, from which such weapons can attack targets in the national territory of the other Party.

Article 7

The Parties shall refrain from deploying nuclear weapons outside their national territories and return such weapons already deployed outside their national territories at the time of the entry into force of the Treaty to their national territories. The Parties shall eliminate all existing infrastructure for deployment of nuclear weapons outside their national territories.

The Parties shall not train military and civilian personnel from non-nuclear countries to use nuclear weapons. The Parties shall not conduct exercises or training for general-purpose forces, that include scenarios involving the use of nuclear weapons.

Article 8

The Treaty shall enter into force from the date of receipt of the last written notification on the completion by the Parties of their domestic procedures necessary for its entry into force.

Done in two originals, each in English and Russian languages, both texts being equally authentic.

For the United States of America

For the Russian Federation

17 December 2021 13:26

AGREEMENT ON MEASURES TO ENSURE THE SECURITY OF THE RUSSIAN FEDERATION AND MEMBER STATES OF THE NORTH ATLANTIC TREATY ORGANIZATION

Unofficial translation

Draft

The Russian Federation and the member States of the North Atlantic Treaty Organization (NATO), hereinafter referred to as the Parties,

reaffirming their aspiration to improve relations and deepen mutual understanding,

acknowledging that an effective response to contemporary challenges and threats to security in our interdependent world requires joint efforts of all the Parties,

determined to prevent dangerous military activity and therefore reduce the possibility of incidents between their armed forces,

noting that the security interests of each Party require better multilateral cooperation, more political and military stability, predictability, and transparency,

reaffirming their commitment to the purposes and principles of the Charter of the United Nations, the 1975 Helsinki Final Act of the Conference on Security and Co-operation in Europe, the 1997 Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between the Russian Federation and the North Atlantic Treaty Organization, the 1994 Code of Conduct on Politico-Military Aspects of Security, the 1999 Charter for European Security, and the Rome Declaration "Russia-NATO Relations: a New Quality" signed by the Heads of State and Government of the Russian Federation and NATO member States in 2002,

have agreed as follows:

Article 1

The Parties shall guide in their relations by the principles of cooperation, equal and indivisible security. They shall not strengthen their security individually, within international organizations, military alliances or coalitions at the expense of the security of other Parties.

The Parties shall settle all international disputes in their mutual relations by peaceful means and refrain from the use or threat of force in any manner inconsistent with the purposes of the United Nations.

The Parties shall not create conditions or situations that pose or could be perceived as a threat to the national security of other Parties.

The Parties shall exercise restraint in military planning and conducting exercises to reduce risks of eventual dangerous situations in accordance with their obligations under international law, including those set out in intergovernmental agreements on the prevention of incidents at sea outside territorial waters and in the airspace above, as well as in intergovernmental agreements on the prevention of dangerous military activities.

Article 2

In order to address issues and settle problems, the Parties shall use the mechanisms of urgent bilateral or multilateral consultations, including the NATO-Russia Council.

The Parties shall regularly and voluntarily exchange assessments of contemporary threats and security challenges, inform each other about military exercises and maneuvers, and main provisions of their military doctrines. All

existing mechanisms and tools for confidence-building measures shall be used in order to ensure transparency and predictability of military activities.

Telephone hotlines shall be established to maintain emergency contacts between the Parties.

Article 3

The Parties reaffirm that they do not consider each other as adversaries.

The Parties shall maintain dialogue and interaction on improving mechanisms to prevent incidents on and over the high seas (primarily in the Baltics and the Black Sea region).

Article 4

The Russian Federation and all the Parties that were member States of the North Atlantic Treaty Organization as of 27 May 1997, respectively, shall not deploy military forces and weaponry on the territory of any of the other States in Europe in addition to the forces stationed on that territory as of 27 May 1997. With the consent of all the Parties such deployments can take place in exceptional cases to eliminate a threat to security of one or more Parties.

Article 5

The Parties shall not deploy land-based intermediate- and short-range missiles in areas allowing them to reach the territory of the other Parties.

Article 6

All member States of the North Atlantic Treaty Organization commit themselves to refrain from any further enlargement of NATO, including the accession of Ukraine as well as other States.

Article 7

The Parties that are member States of the North Atlantic Treaty Organization shall not conduct any military activity on the territory of Ukraine as well as other States in the Eastern Europe, in the South Caucasus and in Central Asia.

In order to exclude incidents the Russian Federation and the Parties that are member States of the North Atlantic Treaty Organization shall not conduct military exercises or other military activities above the brigade level in a zone of agreed width and configuration on each side of the border line of the Russian Federation and the states in a military alliance with it, as well as Parties that are member States of the North Atlantic Treaty Organization.

Article 8

This Agreement shall not affect and shall not be interpreted as affecting the primary responsibility of the Security Council of the United Nations for maintaining international peace and security, nor the rights and obligations of the Parties under the Charter of the United Nations.

Article 9

This Agreement shall enter into force from the date of deposit of the instruments of ratification, expressing consent to be bound by it, with the Depositary by more than a half of the signatory States. With respect to a State that deposited its instrument of ratification at a later date, this Agreement shall enter into force from the date of its deposit.

Each Party to this Agreement may withdraw from it by giving appropriate notice to the Depositary. This Agreement shall terminate for such Party [30] days after receipt of such notice by the Depositary.

This Agreement has been drawn up in Russian, English and French, all texts being equally authentic, and shall be deposited in the archive of the Depositary, which is the Government of ...

Done in [the city of ...] this [XX] day of [XX] two thousand and [XX].

White House responds to Russian security proposals

The US "will not compromise" on NATO expansion, the White House reiterated on Friday, following proposals from Russia outlining how it believes Moscow and the West can deescalate ongoing tensions in the east of Europe.

"We have seen the Russian proposals. We are discussing them with our European allies and partners," White House Press Secretary Jen Psaki told journalists onboard Air Force One on Friday when asked about the Russian documents.

She added that the US won't accept the idea of stopping NATO expansion in Europe, despite what Russia wants.

"We will not compromise the key principles on which European security is built, including that all countries have the right to decide their own future and form policy free from outside interference," she said.

Moscow sees the expansion of NATO towards its border as a critical threat to its national security, based on the bloc's confrontational stance toward Russia.

A verbal promise not to move the organisation to the east was given to Soviet leader Mikhail Gorbachev during negotiations on the reunification of Germany. Those assurances were memory-holed after the dissolution of the USSR. In 2017, declassified US documents backed up Moscow's version of events.

NATO Secretary General Jens Stoltenberg, meanwhile, said that the potential dialog should include the alliance's concerns and Ukraine's point of view.